

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt folgende Erklärung ab:

„Meine Sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst, wo stehen wir im Augenblick im Haushaltsaufstellungsverfahren 2011?

Heute steht die Verabschiedung des Haushaltsentwurfs des laufenden Jahres an, in dem aus der so genannten „Drei Millionen Einsparliste“ in Absprache und unter Aufnahme der Beratungsergebnisse des Haupt- und Finanzausschusses 207.000 € eingearbeitet sind. Wenn es heute zu einer Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf kommt, so würde dieser Haushaltsentwurf seitens der Kämmerei der ADD mit weiteren vorzulegenden Unterlagen zugesendet, dabei handelt es sich um Ergänzungen von Statistiken, Übersichten und Einarbeitung von Änderungen, die sich gegebenenfalls aus heutigen Anträgen ergeben sollten. Dieses würde im Laufe des vorliegenden Monats geschehen. Sodann ist verabredet, dass wir mit der terminierten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.05.2011 die Sachberatungen zur „Drei Millionen Einsparliste“ eröffnen, um dort gegebenenfalls die entsprechenden Beschlüsse zu fassen oder auch weitergehende Sparmöglichkeiten zu prüfen und zu beschließen. Nachdem wir dieses getan haben, warten wir auf die in jedem Falle zu erwartenden Auflagen der ADD angesichts des unausgeglichenen Haushaltes, um sodann zügig die vereinbarten Einsparvorschläge in eine Beschlussvorlage für den Stadtrat zur Abarbeitung der Auflagen der ADD einzubringen. Soweit das bisher geplante Verfahren.

Nun zum gegenwärtigen Haushaltsentwurf, den ich im Detail in meiner Einbringungsrede ja soweit erläutert habe und hier nur auf die zentralen Abläufe noch einmal einleitend verweisen möchte. Der heute zur Beratung anstehende Haushaltsentwurf ist bereits das Ergebnis einer ersten Einsparrunde, die die Verwaltung unter der Führung des Kämmers im Herbst 2010 unternahm. Alle Dezernate wurden im Zuge der Haushaltsaufstellung aufgerufen, erstens ausschließlich nur unabwiesbare konsumtive Ausgaben einzustellen und zweitens im investiven Haushalt keine neuen Projekte zu beginnen, die nicht unabwiesbar sind, vertraglich gebunden sind, oder zu einer direkten Verbesserung der Haushaltslage führen. Im Anschluss daran erarbeitete die Verwaltung zu Beginn dieses Jahres unter erheblichen Anstrengungen eine für viele schmerzhaft Liste von Einsparungen im konsumtiven Haushalt von drei Millionen € die wie gesagt für den Haupt- und Finanzausschuss am 9. Mai zur Beratung anstehen soll. Als Oberbürgermeister habe ich bei der Steuerung dieses Verfahrens, das habe ich im Haupt- und Finanzausschuss bereits gesagt und wiederhole es nun in öffentlicher Sitzung, einen Fehler gemacht. Ich hätte vor der Erstellung der Einsparliste mich mit der ADD über das Verfahren abstimmen sollen, denn erst nachdem die ADD bestätigte, auch einen Haushalt samt Einsparliste wohlmöglich nur mit Auflagen zu genehmigen, haben wir uns entschieden, den Haushaltsentwurf ohne die Einsparliste zur Abstimmung zu stellen. Das hat das Verfahren verlängert. Die Einsparliste enthält einige vor Allem kurzfristig wirkende Einsparvorschläge, sie soll deshalb, wie von mir bereits mehrfach angekündigt, durch eine mittelfristige Haushaltskonsolidierung ergänzt werden in einer zweiten Stufe. Die Verwaltung wird sich mit einer umfassenden Organisations- und Aufgabenkritik einer strukturellen mittelfristigen Haushaltskonsolidierung widmen, das war von Anfang an als zweite Stufe der Haushaltskonsolidierung vorgesehen.

Nun zu den Folgen einer Ablehnung des Haushaltsentwurfs am heutigen Tage. Wenn ich Ihnen jetzt die Konsequenzen einer drohenden heutigen Ablehnung des Haushaltes erläutere, möchte ich zur Vermeidung von Missverständnissen eines betonen: ich möchte niemanden erpressen oder ein unrealistisches Drohpotential aufbauen, ich möchte Sie nur in aller gebotener Sachlichkeit

darüber informieren, was organisatorisch und rechtlich zwangsläufig ist, wenn es zu keinem Haushaltsbeschluss kommt. Wenn heute der Stadtrat keinen Haushalt beschließt, kann das bisher geplante Verfahren zum Beschluss eines Haushalts nicht in Gang gesetzt werden. Die haushaltslose Zeit dauert an. Wir müssen einen völlig neuen Fahrplan zur Beschlussfassung entwerfen. Die Beschlussfassung und vor Allem die Genehmigung durch die ADD werden sich um längere Zeit verschieben. Selbst wenn am 9. Mai im Haupt- und Finanzausschuss eine Beschlussfassung zu einem Haushaltsentwurf erarbeitet würde, könnte die Verwaltung ihn als Entwurf erst in die Stadtratssitzung im Juni einbringen, weil eben die technische Umsetzung der vielen Einsparvorschläge, die Gegenstand der „Drei Millionen Liste“ sind, oder gegebenenfalls weitere Anträge, die aus dem Bereich der Fraktionen kommen, ihre Zeit brauchen. Dann erst könnte die ADD beginnen, sich mit dem so beschlossenen Haushaltsentwurf zu beschäftigen. Eine Verschiebung des gesamten Verfahrens erbringt kein besseres Ergebnis für die Stadt, denn so oder so werden wir uns in jedem Falle mit einem unausgeglichenen Haushalt zu beschäftigen haben und mit Auflagen der ADD. Im Gegenteil, wenn bereits Teile der Einsparliste in den Haushaltsentwurf eingespeist werden, der der ADD geschickt wird, könnten weitere Auflagen ein zusätzliches Einsparpotential verlangen, auf das wir dann nicht mehr vorbereitet sind. Das heißt, dass weitere auch vom Rat für wichtig erachtete Ausgaben auch in diesem Jahr weiter zurückgeführt werden müssen. Angesichts der vielen Pflichtaufgaben der Stadt und der rechtlich gebundenen Mittel würde das wieder den freiwilligen Bereich sowie bestimmte Investitionsvorhaben betreffen. Viel wichtiger aber ist, die Stadt Koblenz könnte den Haushalt in den kommenden Wochen und Monaten nur mithilfe des § 99 der Gemeindeordnung führen. Meine Damen und Herren, damit niemand glaubt, ich würde Ihnen irgendetwas erzählen. In Form von Interpretationen des geltenden Rechts zitiere ich nun den fraglichen Paragraphen der Gemeindeordnung an dieser Stelle im Wortlaut. Er sieht an dieser Stelle vor, dass wir nur leisten können, wozu wir rechtlich verpflichtet sind, oder jene Aufgaben, die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Und auch im Bereich der Investitionen ist es keineswegs so, dass wir das, was vorgesehen ist, machen könnten, sondern, ich zitiere die Bestimmung der Gemeindeordnung: „Die Gemeinde darf mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Investitionskredite bis zu einem Viertel der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Investitionskredite aufnehmen.“

Meine Damen und Herren, was heißt das konkret?

1. Alle freiwilligen Leistungen, die nicht rechtlich gebunden sind, können nicht ausgezahlt werden. Das betrifft zum Beispiel die finanzielle Unterstützung von 149 Sportvereinen, von zahlreichen Kultur- und Heimatvereinen und die Zuschüsse für soziale Einrichtungen und Projekte. In Zahlen betrifft das zum Beispiel über 300.000 € an Zuschüssen für die Wohlfahrtspflege, über 500.000 € für Projekte der Jugendarbeit, über 300.000 € an Zuschüssen für die Sportvereine und über 140.000 € an kulturellen Zuschüssen.

2. Investitionskredite dürfen nur, wie erwähnt, bis zu einem Viertel der Investitionskredite des Vorjahres aufgenommen werden. Deshalb braucht die Stadt möglichst bald Klarheit über die Höhe der genehmigten Kredite im laufenden Jahr 2011, da es sich bei einer Vielzahl der kreditfinanzierten Projekte, die in den gemeinsamen Haushaltsberatungen unumstritten und mehrheitsfähig Eingang in den Etatentwurf gefunden haben, um die Fortführung laufender Maßnahmen handelt. Das betrifft zum Beispiel auch die Investition der Rhein-Mosel-Halle. Kaum vorstellbar, wenn wir dieses zeitlich nun absolut dringliche Projekt aus diesem Grund weiter strecken müssten.

Alle Mittelfreigaben über 50.000 € müssen vom Stadtrat per Beschlussvorlage genehmigt werden. Das hat einen riesigen Verwaltungsaufwand und die Gefahr zur Folge, dass sich Projekte verzögern. In diesem Zusammenhang wird gerne verwiesen auf die Übertragungsmöglichkeiten.

Hier darf fälschlicherweise nicht davon ausgegangen werden, die zur Übertragung anstehenden Maßnahmen könnten ohne weiteres angegangen werden. Tatsächlich unterliegen sie aber noch immer den Einschränkungen, die die ADD in ihrer Haushaltsverfügung zu Etat und Nachtragshaushalt 2010 getroffen hat, nämlich den Mittelfreigabevorbehalt der ADD, Vorliegen der Bewilligungsbescheide und ähnliches.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend, im Hinblick auf die heutige Entscheidung stelle ich folgendes fest: Es gibt vieles zu kritisieren am vorliegenden Haushaltsentwurf, auch gibt es offenkundig sehr unterschiedliche Motive der Ablehnung. Und dennoch, wir dürfen das Verfahren nicht weiter aufhalten! Wir sind sowieso spät dran, dafür trage ich meinen Teil der Verantwortung. Jetzt allerdings dürfen wir nicht durch die Ablehnung des Entwurfs das Verfahren unbestimmbar weiter aufschieben.

Ich darf Sie bitten, diese Erwägungen in Ihren Beiträgen mit zu reflektieren und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft die Redner der einzelnen Fraktionen in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIZ-Fraktion, FDP und FBG auf, um aus ihrer Sicht zum Haushaltsentwurf 2011 Stellung zu nehmen.

Für die CDU-Ratsfraktion trägt Rm Andreas Biebricher die Rede vor.  
Diese ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Für die SPD-Ratsfraktion trägt Rm Marion Lipinski-Naumann die Rede vor.  
Diese ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Für die Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen trägt Rm Nils Wiechmann die Rede vor.  
Diese ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Für die BIZ-Ratsfraktion trägt Rm Stephan Wefelscheid die Rede vor.  
Diese ist als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

Für die FDP-Ratsfraktion trägt Rm Dr. Friedhelm Pieper die Rede vor.  
Diese ist als Anlage 5 der Niederschrift beigefügt.

Für die FBG-Ratsfraktion trägt Rm Manfred Gniffke die Rede vor.  
Diese ist als Anlage 6 der Niederschrift beigefügt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig möchte als Kämmerer für die Verwaltung kommentieren, bezüglich dem Vorwurf, die Stadtverwaltung hätte nur bei Kleinigkeiten gespart, habe er nach einem Treffen der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte erfahren, dass im Zuge der Haushaltskonsolidierung vor Allem viele Kleinigkeiten erreichbar seien, während große strukturelle Veränderungen kaum realisierbar seien, obwohl man selbstverständlich über große strukturelle Veränderungen nachdenken müsse, doch dies erfordere Zeit, Sachverstand und ein Klima des Wollens im Stadtrat. Angesichts der Haushaltsreden sehe er letztere Vorraussetzung als gegeben an.

Zweck des vorgelegten Haushaltsentwurfes wäre gewesen, das zu tun, was man mit dem Sachverstand der eigenen Ämter in relativ knapp bemessenem Zeitrahmen hätte erreichen

können. Dies sei als Einstieg in die Sparbemühungen zu sehen, eine langfristige Konsolidierung müsste unmittelbar einsetzen, sobald der Haushaltsentwurf verabschiedet worden sei.

Er betont, die Haushaltslage wäre ungeschönt dargelegt und zukünftige Folgen bei zu erwartender Entwicklung auch mathematisch korrekt nachgewiesen worden. Im Übrigen verweise er auf seine Antrittsrede vor dem Stadtrat, in welcher er bereits seine Zielmarke dargelegt habe. Man bräuchte ein wirtschaftlich starkes, breit aufgestelltes Koblenz, das sich sozial ausgewogen darstelle, ökologisch modern sei, vielleicht an der Spitze des Fortschritts, mit einem liberalen Binnenklima.

Die Fülle an Listen und Unterlagen sei darauf zurückzuführen, dass alle substantiierten Vorschläge und Bitten auf Wunsch des Oberbürgermeisters durch die Verwaltung abzuarbeiten seien. Daher dürfe man sich nicht beschweren, wenn zu viele Unterlagen abgeliefert würden, während man sie zuvor gefordert habe.

Bezüglich der Rede von Rm Wefelscheid (BIZ) stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erneut klar, dass die Rücknahme der „Drei-Millionen-Liste“ keinen Ausstieg aus den Sparbemühungen darstelle, sondern dafür Sorge, dass die ADD keine Auflagen darüber hinaus mache, denn in diesem Falle sei mit den klassischen Instrumenten der Bewirtschaftung kein zusätzliches Sparpotential erreichbar. An dieser Stelle habe er einen Fehler gemacht, denn er hätte der ADD anbieten sollen, die Punkte auf jener Liste einzusparen und dafür den Haushalt genehmigt zu bekommen. Die Beratungen über die Liste würden ab dem 09.05.11 im Haupt- und Finanzausschuss wieder aufgenommen.

Zur Vermeidung von Missverständnissen im Bezug auf das Zentralplatzprojekt betont Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, dass er das Einsparpotential aller großen Projekte bereits geprüft und im Falle des Zentralplatzes keine Ausstiegsmöglichkeit gesehen hätte. Weitere Einsparungen seien aufgrund der zu konkreten Vertragslage nur dann möglich, wenn die FMKK für Umplanungen nicht so hohe Kosten in Rechnung stellen würde, dass es am Ende teurer würde, als wenn man es unverändert zum Abschluss gebracht hätte. Mit Ausnahme der Einsparungen durch das Zinsfixing und bei der Präsentation des Weltkulturerbes sei auch dies nicht möglich gewesen.

Ferner bestünde bei der Stadt Koblenz seit Jahren eine Wiederbesetzungssperre für freiwerdende Planstellen. Diese würden stets einzeln geprüft und dann durch den Stadtvorstand freigegeben. Dies stelle eine hohe Hürde dar und sei ausgerichtet auf absolute Zurückweisung jeglichen Mehrbedarfs mit Ausnahme des unabweisbar gesetzlich gebotenen.

Auch beim Personal müsse in Zukunft weiter gespart werden, da der hohe Anteil an Personalkosten am Haushalt nicht unberücksichtigt bleiben könne.

Gleichzeitig könne man nicht ausschließlich im gestaltbaren Bereich kürzen, ohne nicht zu prüfen, ob die gesetzlich gebundenen Aufgaben nicht auch effizienter wahrgenommen werden könnten.

Einsparmöglichkeiten hier aufzuzeigen und zu beweisen, sei äußerst schwierig, denn in der Verwaltung herrsche ein Gefühl der Überforderung vor.

Dies sei eine der großen Aufgaben, welche er sich vom künftigen Leiter des Haupt- und Personalamtes erhoffe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig entgegnet Rm Dr. Pieper (FDP), dass die ADD einen Haushalt ablehnen müsse, sobald er nicht ausgeglichen sei. Dies führe dazu, dass selbst nach Einsparauflagen in realistischer Höhe durch die ADD weiterhin ein unausgeglichener Haushalt vorläge, wie es in allen zwölf kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz der Fall sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig plädiert dafür, dass im Jahr 2011 eine Investitionspause eingelegt würde in dem Sinne, dass nur begonnene Investitionsprojekte und jene Projekte fortgesetzt würden, die bereits vertragliche Bindungen hätten oder unabweisbar seien, wie beispielsweise Brückenprobleme. Dies sei Grundlage des Haushaltsentwurfs des Stadtvorstandes. Investiert würde ohnehin alleine schon aufgrund zahlreicher unabweisbarer Projekte vor allem im Bereich der Infrastruktur und der Schulraumsanierung.

Es sei schwierig, in einem Stadtrat mit sieben Parteien und sechs Fraktionen eine Mehrheit zu Wege zu bringen. Koblenz sei die einzige Großstadt in Rheinland-Pfalz, welche keine Koalition im Stadtrat vorweise. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig wolle deshalb auf jede Partei und jedes einzelne Ratsmitglied zugehen, welches Vorschläge habe, wie die Probleme zu lösen seien.

Er wolle eine Brücke bauen, welche dem Stadtrat ermögliche, doch noch einen Haushaltsbeschluss zu fassen. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt vor, eine Entschließung zum Haushaltsentwurf zu fassen, welche aus folgenden sechs Ziffern besteht:

1. Der Stadtrat hält den Haushaltsentwurf noch für unzulänglich, er stimmt ihm nur zu, um Schaden von der Stadt Koblenz abzuwenden.
2. Beginnend mit der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird daher die Beratung über weitere Einsparungen unter Einbeziehung der sog. „Drei-Millionen-Liste“ als Material in Vorbereitung zu erwartender Auflagen der ADD aufgenommen.
3. Abweichend von der bisherigen Planung soll schon jetzt sofort die Vorbereitung eines mittelfristigen Haushaltskonsolidierungskonzepts begonnen werden.
4. Zur Entwicklung von entsprechenden Vorschlägen setzt der Stadtrat eine Kommission ein.
5. Der Stadtrat bittet, den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Koblenz, Herrn Manfred Graulich, den Vorsitz zu übernehmen.
6. Im Übrigen gehören der Kommission jeweils ein Mitglied der Stadtratsfraktionen, bei den größeren Fraktionen zwei Mitglieder sowie die Mitglieder des Stadtvorstandes an.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Fraktionen die Möglichkeit einzuräumen, diesen Vorschlag zu diskutieren. Er werde der Größe nach zu den Fraktionen stoßen, um diese bei der Beratung zu unterstützen.

Um 17.30 Uhr unterbricht Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig die Sitzung und setzt sie um 18.22 Uhr fort.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann unterbreitet den Fraktionen folgenden Vorschlag:

Im Rahmen einer fraktionsübergreifender Zusammenarbeit solle sich jede Fraktion enthalten, um die Unzufriedenheit über den Haushalt zum Ausdruck zu bringen, während zum Beispiel die Stimme des Oberbürgermeisters den Haushalt beschließen könnte, um Schaden zu vermeiden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig akzeptiert diese Variante, da so drohender Schaden abgewandt werden kann. Er bittet die Fraktionen, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke lobt die Entschlusskraft der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und gibt bekannt, die FBG Fraktion werde dem Vorschlag folgen.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen betont, die FDP stehe für fraktionsübergreifende Zusammenarbeit, die FDP-Fraktion werde sich dem Vorschlag anschließen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer gibt bekannt, die CDU Fraktion werde weiterhin den Haushalt ablehnen und ihre Linie nicht verlassen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann stellt fest, dass der Vorschlag sich damit bereits erübrigt habe. Die SPD-Fraktion werde deshalb wie angekündigt dem Haushalt zustimmen.

Rm Wefelscheid (BIZ) gibt bekannt, die BIZ Fraktion werde dem Vorschlag ebenfalls nicht folgen und den Haushalt ablehnen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft nun die EntschlieÙung zur Diskussion auf.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke gibt bekannt, die FBG-Fraktion werde der EntschlieÙung zustimmen, stellt jedoch in Frage, ob eine Kommission angesichts der zahlreichen Gremien und Ausschüsse notwendig sei.

Die Fraktionen FDP, BIZ und CDU kündigen an, nicht zustimmen zu wollen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann legt dar, dass angesichts des nun zu erwartenden Abstimmungsergebnisses nicht mehr über die EntschlieÙung, sondern über den Haushalt selbst abgestimmt werden sollte, diesem werde die SPD-Fraktion zustimmen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann erklärt, man werde die EntschlieÙung ablehnen, da sich keine gemeinsame Lösung aller Fraktionen ergeben habe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft nun den Beschlussentwurf zur Haushaltssatzung 2011 zur Abstimmung.